

Lässt sich "Cancel Culture" empirisch belegen? Impulse für eine pluralistische Fachdebatte

Richard Traunmüller Matthias Revers 12.11.2021 / 19 Minuten zu lesen

Wie lassen sich Studien realisieren, die ein möglichst wirklichkeitsgetreues Bild von der Meinungsfreiheit an deutschen Universitäten zeichnen? Der Beitrag gibt Impulse für eine pluralistische Fachdebatte.

Es geht ein Gespenst um in den Feuilletons: Durch zunehmende "Cancel Culture" sich verengende Debatten- und Meinungskorridore, **mögliche "Schweigespiralen"** (Elisabeth Noelle-Neumann, 1980), durch die Forderung nach **"Safe Spaces"** (sicheren Orten) seien das kritische Denken und die Universität in Gefahr. Dagegen wettern andere, dieser Alarmismus sei lediglich Ausdruck schwindender Privilegien mancher Gruppen, die aggressiv darüber lamentierten, nicht mehr unwidersprochen rassistische oder sexistische Ansichten vertreten zu können. Diese Debatte wird seit Jahren auch in den USA geführt und ist von wechselseitigen Missverständnissen, Empörungsrhetorik, Abwehr und Polemik geprägt. Das wird nachvollziehbar vor der Geschichte dieser Debatte, an der deutlich wird, wie sehr die scheinbar über jeden Zweifel erhabene Verteidigung von Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit auch dazu genutzt werden kann, Bedrohungs- und Untergangsszenarien zu inszenieren, an der aber auch deutlich wird, wie problematisch manche Politisierung beziehungsweise Moralisierung von Wissenschaft tatsächlich ist.

Was also ist empirisch dran an diesen Warnungen? Unter dem Titel **"Ist die Meinungsfreiheit an der Universität in Gefahr?"** Einige vorläufige Befunde anhand eines „Most likely case“ haben wir, Matthias Revers und Richard Traunmüller, Ende 2020 eine Studie vorgelegt, die eine Debatte über die Diskussionskultur an deutschen Universitäten und insbesondere sozialwissenschaftlichen Fachbereichen ausgelöst hat. Auf die Studie, die *open access* veröffentlicht wurde und in der Rubrik "Berichte und Diskussionen" erschien, wurde bislang über 29.000 Mal zugegriffen. Sowohl das mediale Echo als auch die intensiven Reaktionen und Diskussionen zeigen, dass es entlang der im Aufsatz verhandelten Fragen, Befunde und Argumente Diskussionsbedarf gibt.

Insbesondere innerhalb der deutschsprachigen Soziologie gab es neben interessierter Würdigung auch kritische Reaktionen auf den Artikel, einschließlich und vornehmlich angestoßen von der Ko-Autorin dieses Beitrags, Paula-Irene Villa. Sie hat sich insbesondere auf Twitter mit Kolleg_innen aus der Soziologie und benachbarten Sozialwissenschaften über Fragestellung, Methode, Ergebnisse und *framing* des Textes ausgetauscht. Matthias Revers hat sich an dieser geringfügig beteiligt, und so kamen wir zu dritt in ein Fachgespräch, das wir im Dezember 2020 bei einem ersten virtuellen Treffen produktiv vertieft haben.

Ziel dieses Beitrags ist es, gemeinsam soziologisch und als Beteiligte über die Debatte rund um die Studie zu reflektieren und zur weiteren Fachdiskussion über Methoden und Kontexte, aber auch Grenzen der empirischen Forschung zum Themenkomplex "Meinungsfreiheit, Toleranz und Debattenkultur" in der deutschen Hochschullandschaft anzuregen.

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

Zweck dieses Beitrags ist es außerdem, an diesem Thema die enorme Breite und Vielseitigkeit der Soziologie zu "testen", sie miteinander (stärker als bislang) ins (auch und gern kontroverse) Gespräch zu bringen, und die Debatte als Bereicherung zu nutzen und nicht als Behinderung zu verstehen. Dass dies punktuell misslingen kann und nicht mit einem Mal getan ist, auch das gehört zur guten Wissenschaft dazu. Gerade insofern wir als Sozialwissenschaftler_innen höchst unterschiedliche Methoden nutzen, verschiedene Forschungsschwerpunkte haben und auch divergierende normative Standpunkte vertreten, möchten wir uns nicht verachtungsvoll gegeneinander abschotten, sondern das Fachgespräch entlang von Fachfragen voranbringen.

Eine empirische Studie und ihre kritische Rezeption

Die Studie von Revers und Traunmüller hat an einem konkreten empirischen Fall, Studierende der Sozialwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, die Frage untersucht, ob es empirische Hinweise auf die im öffentlichen Diskurs, im Feuilleton, in den Medien vielfach unterstellte oder verneinte (Selbst-)Zensur und eine Einschränkung der Meinungsvielfalt gibt. Werden also manche Themen und Ansichten, manche Begriffe oder (politische) Positionen in der Universität "gelöscht"/zensiert, aus Sorge um Stigma oder aus anderen politischen, also nicht fachlich immanenten Gründen vermieden? Wird das Sagbare in deutscher *academia* eingeschränkt? Dazu wurden Items zu Toleranz, Konformismus, Diskussionsbereitschaft beziehungsweise -unwille und Zurückweisungserfahrungen in universitären Debatten operationalisiert und Studierende befragt.

Klar ist, dass ein solches Design nicht die gesamte Breite und Komplexität dessen abbilden kann, was unter "Cancel Culture" diskutiert wird. Schon allein deshalb nicht, weil der Begriff derart vage und mehrdeutig ist, dass er umso besser politisch funktioniert, aber schwer zu operationalisieren ist. So ist beispielsweise in Bezug auf "Sagbares" und "Protest" gegen bestimmte Perspektiven wesentlich, zwischen Personen und Positionen zu unterscheiden. Auch ist nicht zu vernachlässigen, dass alle verwendeten Begriffe – wie "Zensur" oder "Kritik" – immer schon in normativen, teilweise (tages-)politischen Konstellationen stehen. Hier schon, beim Design, wird deutlich, wie sehr eine empirische Beforschung der Problematik davon abhängt, als was und wie das Problem gerahmt, bezeichnet, dann auch operationalisiert wird. Es bedarf hierbei auch qualitativer und nicht zuletzt auch historisch informierter Forschung, um den untersuchten Konstellationen nicht naiv "nach dem Mund" zu reden.

Die Ergebnisse lassen sich in drei zentralen Punkten zusammenfassen.

Erstens, spreche sich ein beträchtlicher Anteil der Studierenden für eine Einschränkung der Meinungsfreiheit an der Universität aus. Je nach Thema würden zwischen 30 Prozent ("der Islam ist mit dem Westen unvereinbar") und 54 Prozent ("Homosexualität ist unmoralisch") der Studierenden einem Redner nicht erlauben, auf dem Campus zu sprechen. Und noch höhere Anteile, zwischen 64 Prozent ("es gibt biologische Unterschiede in den Talenten zwischen Männern und Frauen") und 83 Prozent ("Homosexualität ist unmoralisch"), waren der Meinung, dass Personen, die solche Ansichten vertreten, nicht an der Universität lehren dürfen. Etwa ein Drittel der Studenten würde auch ein Verbot der Bücher dieser Personen in der Universitätsbibliothek befürworten.

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

Zweitens, gebe es Hinweise auf Konformitätsdruck, der die Studierenden hemmt, sich frei zu äußern. So gibt etwa ein Viertel der befragten Studierenden an, für eine von ihnen gemachte Äußerung bereits persönlich attackiert worden zu sein. Ein Drittel der Befragten berichtet, dass sie es lieber vermeiden, in einer Seminardiskussion ihre ehrlichen Ansichten zu teilen.

Drittens, bestünden sowohl hinsichtlich des Wunsches, die Redefreiheit einzuschränken, als auch hinsichtlich der Hemmung, seine Meinung offen zu äußern, politisch-ideologische Unterschiede zwischen den Studierenden. Studierende, die sich politisch als links beschreiben, seien weniger bereit, "umstrittene" Standpunkte zu Themen wie Gender, Einwanderung oder sexuelle und ethnische Minderheiten zu tolerieren. Studierende, die sich selbst rechts der Mitte verorten, neigten eher dazu, sich zu zensieren.

An diesen Befunden wurde vielfach Kritik formuliert. So wandte etwa Paula-Irene Villa ein, dass es wichtig sei, zwischen Personen und Positionen zu unterscheiden. Dass Studierende also jemanden nicht einladen würden, der bestimmte Positionen vertritt, heißt nicht, dass sie diese Positionen nicht lesen, diskutieren, analysieren, verstehen würden. Anders ist es aber, wenn auch Bücher aus Bibliotheken "verbannt" werden sollten. Das ist tatsächlich ein Hinweis darauf, dass Positionen aus dem Raum der Universität ausgeschlossen werden sollten.

In dem Vortragsszenario sind Studierende wohlgemerkt nicht gezwungen, sich diesen Rednern beziehungsweise ihren Positionen auszusetzen. Sie könnten sich einfach "umdrehen und weggehen". Der Befund impliziert auch nicht unbedingt, dass Studierende nicht willig sind, sich mit entsprechenden Ideen auseinanderzusetzen. Es wirft aber weiterführende Fragen auf, die es vor allem qualitativ zu untersuchen gilt: Worin sehen Studierende die Gefahr der Äußerung verschiedener Meinungen, Argumente oder auch Befunde an der Universität? Wo ziehen sie die Grenze zwischen Duldung – mit der Möglichkeit des Widerspruchs, des Vorführens oder Entlarvens unliebsamer Sichtweisen – und Ablehnung in Form von Verhinderung oder Verbot? Und auf welcher Rechtfertigungsbasis ziehen sie diese? An der Uni gelehrte und diskutierte Ideen spielen hierbei vermutlich eine Rolle, und es wäre interessant, genaueres über ihre praktische Relevanz zu erfahren.

Paula-Irene Villa gibt des Weiteren zu bedenken, dass "persönlich attackiert" zu werden Unterschiedliches bedeuten kann: Die Übergänge zwischen Kritik, Angriff, Beleidigung, Debatte sind fließend, womöglich wird auch von den befragten Studierenden als Angriff gewertet, was als Kritik gemeint ist (eine Position sei "rassistisch" beispielsweise ist kein Angriff auf eine Person und kann sehr wohl als Sachargument gewertet werden). In dieser Hinsicht wäre eine vertiefende qualitative Analyse von Aussagen sinnvoll. Denn womöglich ist Widerspruch und Kritik soziologisch – wenn wir die Aussagen der Befragten ernstnehmen, diese aber nicht unkritisch-affirmativ glauben – tatsächlich ein Ausdruck von Debatte und Meinungsvielfalt. Denn Debatte bedeutet ja genau nicht, alle Positionen unkritisch und unwidersprochen gelten zu lassen. Hier ergibt sich weiterer Forschungsbedarf, insbesondere mit qualitativen Methoden, deren Erkenntnisse wiederum in die Itemformulierung einfließen können.

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

So wichtig die unterschiedlichen Schattierungen der gegenseitigen Kritik, des Widerspruchs und ihre Folgen für das Diskussionsklima sind, ein Fokus sollte auf Diskussionen liegen, die gar nicht erst stattfinden, und vor allem Stimmen, die sich nicht trauen, sich zu Wort zu melden. Die Konformitätsforschung Marie Jahodas, gemeinsam mit Stuart W. Cook, hat gezeigt, wie aus Bedingungen starker ideologischer Konflikte gegenseitiges Misstrauen und selbstauferlegte Verhaltensstandards erwachsen. Selbst im Konflikt Unbeteiligte beziehungsweise Unverdächtige leiten aus manifesten Normen Verhaltenseinschränkungen ab, etwa aus Furcht, als Feind diskreditiert zu werden. Wenn sich an der Hochschule in gewissen Themenbereichen ein erhöhter Druck unter Studierenden feststellen lässt, sich bestimmten Meinungen unterzuordnen, leitet sich daraus die Frage ab: Führt dies nur zur Unterdrückung abweichender Meinungen oder zu weitergehenden Selbstbeschränkungen, etwa einer verminderten Bereitschaft, diese Themen überhaupt zu diskutieren? Sind also Beschränkungen Effekte fachlicher und ethischer Lernprozesse oder, im Gegenteil, das Resultat antireflexiver Konformität? Das gilt es, präziser zu beforschen.

Kritik, Lösungsvorschläge und Forschungsansätze

Die Kritik an der Studie von Revers und Trautmüller lässt sich grob auf zwei Ebenen verorten: *erstens* auf einer inhaltlich-methodischen, die Fragen des Designs, der Itemformulierung und den daraus abgeleiteten Schlüssen berührt; *zweitens* auf einer übergeordneten Ebene, die normative *framings* und die mögliche politische Rezeption der Ergebnisse betrifft. Viele der vorgetragenen Kritikpunkte sind klug, berechtigt und willkommen, andere wiederum leicht zu widerlegen, sachlich falsch oder schlicht überzogen. Die Fülle und Vielfalt zeigen, wie wichtig und diskussionswürdig das Thema ist, und wie sehr es dabei guter, reflexiver Forschung bedarf.

Im Folgenden geht es nicht um eine "Replik" auf die an der Studie geäußerte Kritik und auch nicht darum, die Einwände abzutun, zu entkräften, oder zu "erledigen". Unser Anspruch ist es vielmehr, die vorgetragene Kritik als Anregung zu nehmen, um über einzelne Aspekte der Studie nachzudenken, die richtigen Folgefragen zu stellen und möglicherweise lohnende nächste Untersuchungsschritte zu skizzieren.

Repräsentativität und Generalisierung

Eine erste Kritik der Studie betrifft die mangelnde Repräsentativität und die damit verbundene Frage, welche Schlüsse sich überhaupt aus den Ergebnissen ziehen lassen – und welche nicht. Diese Kritik betrifft zunächst das Studiendesign als Einzelfallstudie (*most likely case design*). Paula-Irene Villa hat darauf aufmerksam gemacht, dass die Auswahl des Einzelfalls als "most likely case" eine nicht hinreichend evidenzgestützte Wahl ist. Sie beruhe nämlich darauf, dass dieser Fachbereich im Lichte, der in Frankfurt entwickelten Kritischen Theorie (Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und andere) und damit auch die Studierenden deutlich "links" seien. Das mag anekdotisch (und im Fach zur Karikatur hin über-)evident sein, und warum auch nicht? Aber als Begründung für einen argumentativ-empirisch tragenden Einzelfall ist das prekär. So oder so, die Studierenden der Gesellschaftswissenschaften in Frankfurt sind nur ein und zudem ein besonderer Fall. Das wären die Soziologie Studierenden in Berlin, Kassel, München, Leipzig oder sonst wo allerdings ebenso. Was lässt sich anhand des Frankfurter Falles sagen?

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

Ein weiterer Kritikpunkt war die geringe Rücklaufquote und mögliche Verzerrung der Stichprobe. Selbst innerhalb der interessierenden Population war die Rücklaufquote sehr gering (14 Prozent). Die Netto-Rücklaufquote sinkt auf 7,5 Prozent, wenn nur diejenigen betrachtet werden, die auch mindestens 80 Prozent des Fragebogens ausgefüllt hatten. Wie beeinflusst dies die Interpretation der Befunde? Wir wollen an dieser Stelle keine technische Debatte zu Umfragemethodologie und der Frage führen, wie sich Rücklaufquoten in Onlineumfragen erhöhen lassen. Vielmehr möchten wir diese Kritik zum Anlass nehmen, uns die allgemeinere Frage zu stellen, inwieweit Studierende (und andere Hochschulangehörige) überhaupt nur selektiv erreichbar sind und was dies für Erforschung des Themenkomplexes Toleranz, Meinungsvielfalt und Diskussionskultur bedeutet. So besteht etwa die Gefahr, dass moderate Stimmen oder solche Stimmen, die ohnehin nur leise zu vernehmen sind, auch in der Untersuchung nicht zum Vorschein kommen.

Unabhängig davon, wie man Probleme von Einzelfallstudien im Detail einschätzt, erscheint es unmittelbar naheliegend und dringend geboten, die Untersuchung wie folgt zu erweitern: *Erstens* wissen wir bislang wenig über die mögliche Verbreitung von Intoleranz und ideologischem Konformitätsdruck an anderen Fachbereichen oder darüber, inwieweit sich die Ergebnisse auf andere universitäre Kontexte verallgemeinern lassen. Es ist daher ausdrücklich zu begrüßen, dass einige Kollegen Replikationen oder ähnlich gelagerte Studien an weiteren sozialwissenschaftlichen Fachbereichen vorgenommen haben. Dies ist etwa an der Universität Konstanz der Fall, was auch insofern aufschlussreich sein dürfte, als der Konstanzer Fachbereich einer gänzlich anderen Forschungstradition verpflichtet ist und als *most dissimilar case* zur Goethe-Universität Frankfurt am Main betrachtet werden kann. Die Konstanzer Befragung von 207 Studierenden harrt noch der Veröffentlichung und Diskussion, erste interne Ergebnisse weisen aber darauf hin, dass dem Frankfurter Fall ähnliche Ergebnisse zu erwarten sind.

Zweitens lässt sich bislang nicht sagen, ob sich die Situation in den vergangenen Jahren wirklich verschlimmert oder womöglich verbessert hat. Denn politische Auseinandersetzungen und Auseinandersetzungen um Politik auf dem Campus sind mitnichten neu. Man denke etwa im deutschen Kontext nur an die Studierendenbewegung Ende der 1960er und in den 1970er Jahren, an den Widerstand von Studierenden im NS, an die Studentenproteste zum Ende der DDR hin. Politik auf dem Campus inklusive mehr oder minder massiver Proteste gegen einzelnen Professor_innen oder Veranstaltungen, gegen bestimmte Inhalte oder Formen (etwa von Feierlichkeiten) gehören zu modernen Gesellschaften dazu. Was nun wiederum nicht bedeutet, dass sie immer angemessen, sachlich richtig oder nicht selbst autoritär sind. Für unsere Frage bedeutet dies wiederum, dass die aktuelle Situation Teil historischer Dynamiken ist, die ihrerseits soziologisch beforsch- und diskutierbar sind.

Drittens bedarf es weiterer Vergleichsgruppen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Universität. Zum einen wäre es interessant zu erfahren, wie es um die Toleranz und mögliche Selbstzensur von Dozenten und Hochschullehrern (womöglich auch und gerade von Dozentinnen und Hochschullehrerinnen) sowie von Verwaltungsangestellten bestellt ist. Des Weiteren dürfte sich der subjektive Konformitätsdruck zwischen den universitären Statusgruppen unterscheiden und für den Mittelbau, der sich durch hoch prekäre Arbeitsverhältnisse systematisch großer Karriereunsicherheit ausgesetzt sieht, am stärksten sein.

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

Um die Situation an der Universität besser einschätzen zu können, ist es außerdem produktiv, Vergleiche mit der Bevölkerung insgesamt sowie mit anderen institutionellen Kontexten (Unternehmen, Schulen, öffentliche Verwaltung) vorzunehmen. Nur so lässt sich ein (etwaiges) Spezifikum des universitären Meinungs- und Diskussionsklimas herausarbeiten.

Viertens, und gerade in Anbetracht der Tatsache, dass der Antrieb für Sprachregelungen auf dem Campus aus dem Wunsch resultiert, empirisch redlicher, normativ reflexiver und diskriminierungssensibel zu sprechen sowie eine integrative Lernumgebung zu fördern, wäre es aufschlussreich, eine geschlechtsspezifische Perspektive sowie eine Perspektive derjenigen einzunehmen, die als ethnische, sexuelle oder in anderer Hinsicht als Minderheiten gelten. Die vorläufigen Befunde von Revers und Trautmüller legen einerseits signifikante Geschlechtsunterschiede in den Präferenzen für freie Meinungsäußerung und subjektiv empfundenen Konformitätsdruck nahe. Es bleibt jedoch offen, wie sich dieser Geschlechtseffekt erklären lässt, etwa durch unterschiedliche psychologische Dispositionen, kulturelle Normen oder Habitusformen. Andererseits unterscheiden sich bei Revers und Trautmüller Studierende mit ethnischen Minderheitenstatus kaum in ihrer Sensibilität, Toleranz oder dem empfundenen Konformitätsdruck. Doch ist hier sicherlich noch nicht das letzte Wort gesprochen und weiterführende Analysen, die freilich weitaus höhere Fallzahlen benötigen würden, sind dringend notwendig. Soziologisch vielleicht sogar noch relevanter, aber bislang völlig außen vorgelassen, sind Unterschiede entlang sozialer Herkunft und sozioökonomischem Status.

Ursachen

Neben der rein deskriptiven Bedeutung einer solchen Ausweitung auf weitere Kontexte, Zeitpunkte und Gruppen würde die anzunehmende Variation weitere Forschungsfragen nach den Ursachen und Konsequenzen von Toleranz, Meinungsvielfalt und Selbstzensur ermöglichen. Zwar gibt es zu den Ursachen soziologische Hypothesen, die von Sozialisation und veränderten Erziehungsstilen bis hin zu soziostrukturellen Bedingungen reichen, diese harren aber bislang noch genauer empirischer Behandlung. Dringend zu klären wäre außerdem, welche Folgen Intoleranz und Selbstzensurhandeln hat. Wie wirkt sich das Meinungsklima auf die Studienleistung, das Sozialleben und die psychische Gesundheit von Studierenden aus?

Grundsätzlich, so gibt insbesondere Paula-Irene Villa zu bedenken, wäre auch zu untersuchen – sowohl in empirischen Arbeiten zu Einstellungen und Deutungen wie zu begriffshistorischen oder gesellschaftsdiagnostischen Zugängen, etwa auch mittels wissenssoziologischer Diskursanalysen – ob "Selbstzensur" nicht ein normativer Begriff ist, der auch in der deskriptiven Methodologie für Verzerrungen sorgt. Anders gesagt: Steckt womöglich (auch) Reflexivierung, Impulskontrolle, ethische Kompetenz, akademische Bildung, Debattenfähigkeit drin, wo für manche "Selbstzensur" draufsteht?

Weitere methodische Zugänge

Neben den klassischen Instrumenten der umfragebasierten empirischen Sozialforschung sind daher ohne Zweifel auch andere methodische Zugriffe nötig, die weniger auf die Teilnahmebereitschaft an Umfragen angewiesen sind.

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

So könnten etwa digitale Plattformen, auf denen sich Studierende austauschen, interessante "nicht-reaktive" Einsichten liefern: Debatten in öffentlichen und geschlossenen Facebook-Gruppen für Studierende, in Uni-spezifischen Twitter-Feeds oder auch Whatsapp-Gruppen könnten sowohl digital qualitativ, beispielsweise ethnografisch, als auch (je nach Zugangsmöglichkeit) durch computergestützte Verfahren inhaltlich untersucht werden. Paula-Irene Villa ist in dieser Hinsicht zwar nicht ganz so enthusiastisch wie die beiden Autoren, sieht aber viele Möglichkeiten der qualitativen Forschung zum Thema, die an der Lehre ansetzt, etwa Forschungspraktika der Studierenden, Gruppendiskussionen oder Diskursanalysen von Selbstverständigungsmaterial in studentischen Kontexten.

Seminardiskussionen und die Dynamiken von Meinungsäußerungen, Meinungskonflikt und deren Regulierung lassen sich bereits jetzt mit den herkömmlichen Methoden der Gruppendiskussionen untersuchen. Im Kontext der Studie von Revers und Traunmüller konnten nur acht Teilnehmer für zwei solcher Gruppeninterviews rekrutiert werden. Obwohl diese Daten nicht in die Publikation eingeflossen sind, wurden sie genutzt, um die quantitativen Umfragebefunde einzuordnen. So wurde zum Beispiel erst in der Gruppendiskussion das zentrale Motiv hinter dem Wunsch, Personen mit kontroversen Positionen nicht an Universitäten unterrichten zu lassen, deutlich: Die Fokusgruppengespräche mit Studierenden legten nahe, dass die Studierenden befürchteten, dass Hochschullehrer ihre Meinung nicht von ihrer professionellen Rolle als Betreuer trennen können. Mit anderen Worten: Es bestand die Sorge, dass weibliche, muslimische, zugewanderte oder homosexuelle Studierende ungerecht behandelt werden könnten.

Toleranzbegriff und -messung

Mit Abstand am meisten Kritik zog die Toleranzmessung in der Studie auf sich. Revers und Traunmüller stützen sich auf den klassischen Ansatz von Samuel Stouffer, der in den 1950er Jahren in den USA die Bereitschaft untersuchte, "Nonkonformisten" zu erlauben, öffentlich zu sprechen, an Universitäten zu lehren und ihre Bücher in öffentlichen Bibliotheken vorzuhalten. Während dies zu seiner Zeit und in seinem Kontext Sozialisten, Kommunisten und Atheisten bedeutete, wurden Umfragemessungen zur Toleranz der freien Meinungsäußerung später auf weitere Gruppen und Arten der Meinungsäußerung ausgeweitet. Revers und Traunmüller adaptierten die Stouffer-Methode, um Toleranz gegenüber Standpunkten zu erheben, die sich auf kontroverse Ideen zu Geschlechtergleichheit, sexueller Identität, Immigration und Islam konzentrieren. Obwohl die Themenauswahl durch aktuelle Debatten über freie Meinungsäußerung auf dem Campus angetrieben wurde, hat das resultierende Toleranzmaß, das von Revers und Traunmüller verwendet wurde, mehrere Probleme, die unsere bisherige Erkenntnis über die Präferenzen der Studierenden einschränken.

Erstens ist das Maß ideologisch unausgewogen und zielt ausschließlich auf Befindlichkeiten sich selbst für links haltende Studierende. Da man nur tolerieren kann, was man ablehnt, könnten rechtsgerichtete Studenten "toleranter" erscheinen, weil sie den Aussagen in der Befragung entweder gleichgültig gegenüberstehen oder ihnen sogar zustimmen. Es wäre also wichtig, in Zukunft auch einige Reizthemen der rechten Seite zu testen (Abtreibung, offene Grenzen, Quoten für Frauen oder ethnisierte Gruppen und Ähnliches).

Wissenschaftsfreiheit | bpb.de

Zweitens vermischen die gewählten Toleranzitems moralische Wertaussagen mit empirischen Tatsachenbehauptungen. Manche Kritiker sehen in den gewählten Items diskriminierende Aussagen. Unabhängig von dieser Bewertung wäre es wichtig, die Items klarer in die eine oder andere Richtung zu formulieren. Besonders interessant wäre es, divergierende Publikationen und Wissensbestände – etwa zu Geschlechtsunterschieden aus der Evolutionspsychologie einerseits, den Gender Studies andererseits – als Items zu formulieren und deren Akzeptanz oder Ablehnung zu untersuchen.

Drittens versäumt es der gewählte Ansatz, das wichtige Problem der Verzerrung durch soziale Erwünschtheit in den Umfrage-Items anzusprechen. Angesichts der sensiblen Natur des Themas der freien Meinungsäußerung und der Einbeziehung von ethnischen und sexuellen Minderheitengruppen sind die Studenten möglicherweise einfach nicht bereit, die Wahrheit darüber zu sagen, was sie als akzeptable Meinungsäußerung empfinden. Deshalb, und vielleicht ironischerweise, könnte sogar der wahrgenommene Konformitätsdruck die Studenten viel weniger tolerant aussehen lassen, als sie es in Wirklichkeit sind.

Viertens, und das scheint uns am wichtigsten, sind die Items nicht in der Lage, die inhärente Konditionalität und Kontextabhängigkeit von Normen der freien Meinungsäußerung abzubilden. Was in den Augen der Studierenden akzeptabel ist und was nicht und welche regulatorischen Konsequenzen gefordert werden, hängt beispielsweise nicht nur davon ab, wer was zu wem sagt, sondern auch von dem spezifischen Kontext, in dem eine Äußerung gemacht wird und welche Wirkung sie hat. Bislang ist die empirische Forschung nicht gut gerüstet, um mit dieser Komplexität umzugehen.

Weiterführende Forschung und Bewertungskriterien

In einem Arbeitspapier adressieren Revers und Traunmüller diese Fragen und präsentieren ein Surveyexperiment, um die Bedingtheit und Kontextabhängigkeit von Präferenzen für die Regulierung von Sprache zu untersuchen. Insbesondere verwenden sie ein Vignetten-Experiment, bei dem Studenten gebeten werden, hypothetische Sprechakte zu beurteilen, die sich zufällig anhand von insgesamt sieben Dimensionen unterscheiden: Sender (soziale Gruppenidentität und Position), Empfänger (soziale Gruppenidentität) und Art der Äußerung (Kritik, Witze, Beleidigungen oder Drohungen). Darüber hinaus variieren sie zufällig den Kontext, in dem die Äußerung gemacht wurde, die Reaktion des Empfängers (fühlt sich beleidigt, hat Angst, gewaltsame Reaktion) sowie die vorgeschlagenen regulatorischen Konsequenzen. Auf diese Weise sind sie in der Lage, die "Grammatik", die den Normen der freien Meinungsäußerung von Studierenden zugrunde liegt, tiefer als bisher zu erforschen.

Eine mit Fragen der adäquaten Operationalisierung zentraler Konstrukte wie Toleranz, Meinungsvielfalt oder Selbstzensur unmittelbar verbundenes Problem ist die Frage nach der normativen Bewertung der ermittelten Befunde. Ab wann ist ein gewisser Antwortanteil oder eine Situation an der Universität überhaupt problematisch? Was ist viel Toleranz, was ist wenig? Reicht eine kleine laute intolerante Gruppe von fünf Prozent bereits aus, um das Diskussionsklima an der Universität zu kippen? Wie legt man diese Kriterien fest?

Was sind sinnvolle Vergleichsgrößen aus anderen Kontexten?

Für brückenbildende Zusammenarbeit

Eine interessante Wirkung der Studie hatte geradezu performativen Charakter. So entdeckten Kolleginnen und Kollegen, die normalerweise keine quantitativ-methodische Standards anwenden, ihr Interesse an Umfrage-Rücklaufquoten. Andere, die selbst nicht in *Peer-reviewed*-Journals veröffentlichen, fragen, wie die Studie von Revers und Trautmüller durch das *peer review* kommen konnte. Wieder andere, die in ihrer Forschung darauf bestehen, dass Sprache Gewalt sei, betrachten die Intoleranz von Studenten als unwichtig, weil es sich schließlich nicht um manifestes Handeln handele. Diese Kolleginnen und Kollegen sind keineswegs Heuchler und haben ja Recht damit, auf fachliche Aspekte hinzuweisen. Allerdings sind auch wir als Forscher nur Menschen und damit (politisch) motivierte Informationsprozessoren. In der Tendenz scheinen wir als Wissenschaftler solche Studienergebnisse für plausibler zu halten, die unseren politischen Vorstellungen entsprechen, und bezweifeln Studienergebnisse, die unseren Vorstellungen widersprechen. Genau weil es sich dabei um normales menschliches Handeln handelt, und genau weil wir nie selbst vollständig überblicken können, welche normativen Vorannahmen unsere Forschung imprägnieren, brauchen wir eine Vielfalt der Perspektiven in den Sozialwissenschaften und an der Universität, um uns gegenseitig auf dem Weg der Wahrheitssuche zu korrigieren. Die entscheidende Frage scheint uns daher zu sein, wie man mit unterschiedlichen normativen und analytischen Aprioris und Biases produktiv umgehen kann, und welche Formate der Wissensproduktion und -diskussion hierbei hilfreich sein könnten.

Einen sehr vielversprechenden Ansatz sehen wir in einer "Pre-registered Adversarial Collaboration". Dieses Format bringt Befürworter und Kritiker zusammen, um einer gemeinsam vereinbarten Forschungsfrage nachzugehen und sich auf ein Studiendesign zu einigen. Eine Möglichkeit wäre, einen neutralen, an der inhaltlichen Frage unbeteiligten Koordinator einzubeziehen. Das Endergebnis bestünde in einem pre-registrierten Bericht mit ausgefeilten Forschungsfragen und Hypothesen, Forschungsdesign und Plan für die Datenerhebung samt detailliert spezifizierten Kriterien zur statistischen Inferenz. Die Studie wird dann gemeinsam realisiert und liefert Ergebnisse, die im besten Fall auch zu von allen geteilten Schlussfolgerungen führen. Nach unserer Einschätzung ist dies ein zwar aufwendiger, aber auch vielversprechender Weg, mit eigenen Befangenheiten umzugehen und zur kumulativen Wissenserzeugung beizutragen.

Tatsächlich haben wir inzwischen sowohl einen Moderator als auch vier Kritiker_innen der Originalstudie für eine solches Unternehmen gewinnen können. Seit Sommer arbeiten wir nun – aus verschiedenen Disziplinen kommend, sowie mit ganz unterschiedlichen sozialen Hintergründen und politischen Vorstellungen – an einem neuen und verbesserten Forschungsdesign, um die Ergebnisse der Originalstudie zu replizieren und zu erweitern. Abgesehen vom epistemischen Nutzen dieser "Adversarial Collaboration" hoffen wir auch auf einen performativen Nutzen, um etwaige Positionalitätsbedenken auszuräumen. Wir hoffen, in unserer Zusammenarbeit und in dem Vorhaben der pre-registrierten Studie einen Schritt in eine konstruktive Richtung gehen zu können. Wir haben bereits beim Verfassen dieses Textes bemerkt, wie überraschend, mühsam und, in der Kombination von beidem, wie fachlich erhellend die Diskussion sein kann.